

nd 7/8 278  
rant Weiß  
mokrat.  
abend  
okratie  
zialismus  
ücher  
azar  
der  
Häussler

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Berichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Genesprecher Nr. 9**  
Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 242

Samstag, den 15. Oktober 1932

Jahrgang 105

## Englisch-französische Einigung in London

Die Viermächtekonferenz soll in Genf stattfinden — Deutsche Teilnahme nur bei  
Zusicherung der Gleichberechtigung

II. Paris, 15. Okt. Der Quai d'Orsay gibt folgende amtliche Mitteilung aus: In der Downingstreet hat ein Meinungsaustrausch zwischen Macdonald, Simon und Herriot über den britischen Vorschlag einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien stattgefunden, die den Zweck haben soll, die Schwierigkeiten zu lösen, die sich gegenwärtig in Genf geltend machen. Die Minister haben sich in der Auffassung geeinigt, daß die Konferenz die vier oben genannten Mächte umfassen soll und daß Genf der geeignete Tagungsort ist. Die britische Regierung sucht insoweit um die Zustimmung der anderen Regierungen nach. Die Konferenz wird „offiziellen und präliminären Charakter“ tragen. Gegenstand der Tagung ist Prüfung und Vorschlag von Mitteln, die geeignet sind, der Abrüstungskonferenz die wirksame Wiederaufnahme des gemeinsamen Werkes im Rahmen des Völkerbundes zu gestatten.

Zu dieser amtlichen Verlautbarung wird von zuständiger englischer Stelle noch mitgeteilt, daß die bereits eingegangene Antwort der italienischen Regierung Genf als Zusammenkunftsort zustimmte. Auch die Antwort Deutschlands liegt vor, das aber bedauerlicherweise im Augenblick nicht bereit sei, Genf anzustimmen. Die Bemühungen der Viermächtekonferenz liegen darauf hinaus, die Schwierigkeiten, die sich den Abrüstungsverhandlungen entgegenstellen, zu beseitigen. Hierbei sei der Zusammenkunftsort von nebenstlicher Bedeutung und deshalb habe die englische Regierung sofort dem Vorschlag zugestimmt, Genf zu wählen. Es bestehe auch nicht der geringste Wunsch, daß auf dieser Zusammenkunft irgendwelche in den Bereich des Völkerbundes oder der Abrüstungskonferenz fallende Arbeit geleistet werden sollte, sondern es komme nur darauf an, aus den Schwierigkeiten wieder herauszukommen. Das sei ihr einziger Zweck. Im Hinblick auf die Haltung Deutschlands sei es daher unmöglich, jetzt schon den Zeitpunkt für die Konferenz festzusetzen. Man hofft in amtlichen englischen Kreisen, daß Deutschland doch noch dem Vorschlag der anderen zustimmen wird. Es ist möglich, daß zu diesem Zweck noch englisch-deutsche Besprechungen stattfinden.

In französischen politischen Kreisen wird die Nachricht, daß die Konferenz in Genf tagen wird, mit Genugtuung aufgenommen.

An zuständiger Berliner Stelle wird erklärt, daß die deutsche Regierung aus der Frage des Konferenzortes keine Prestige-Frage machen wolle. Wenn sich Deutschland aber schon damit abfinden müsse, in Genf zu verhandeln, dann müsse die vorherige Klärung der Gleichberechtigungsfrage zur Voraussetzung gemacht werden, da gerade in Genf Gefahr bestehe, daß man aus der ursprünglich beabsichtigten Gleichberechtigungskonferenz möglicherweise in die eigentlichen Abrüstungsverhandlungen hineingeleitet würde, wodurch dann der alte Zustand wieder hergestellt würde.

Herriot ist nichts willkommener als die deutsche Abneigung gegen Genf, da er hierdurch ein Mittel an die Hand bekommt, Deutschland für ein Nichtzustandekommen einer Konferenz verantwortlich zu machen, an der er selbst gar kein Interesse hat. Die Pariser Blätter schreiben die ganze Verantwortung an dem weiteren Verlauf der Abrüstungsbesprechungen Deutschland zu, das durch seine unachgiebige Haltung jede Möglichkeit einer Verständigung ausschaltete. Die Blätter unterstreichen den besonderen Wert, den Genf als Verhandlungsort insofern habe, als dadurch der Wunsch Frankreichs, die kleineren Mächte und insbesondere die Vasallenstaaten Frankreichs, wenn auch nur mittelbar daran beteiligt zu sehen, erfüllt ist. In politischen Kreisen wird erklärt, daß die Konferenz keine Verzögerung erfahren und in der zweiten Novemberhälfte stattfinden werde.

Herriot ist gestern abend nach Paris zurückgekehrt. Der Presse gegenüber erklärte er, daß die Unterredung außerordentlich herzlich und freundschaftlich verlaufen sei. Durch diese Zusammenkunft sei die englisch-französische Freundschaft noch verstärkt worden und er und Macdonald seien als noch bessere Freunde auseinandergegangen als sie es schon vorher gewesen wären.

### Eine bemerkenswerte italienische Stimme

In einer in der „News Chronicle“ veröffentlichten Unterredung setzt sich der italienische Kabinettschef und Hauptvertreter Italiens in Genf, Baron Aloisi, für die Revision des Versailler Vertrages und die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ein. Italien stehe dem Völkerbund an sich keineswegs feindlich gegenüber, es müsse aber ein Völkerbund sein, der keinen Unterschied zwischen großen und kleinen oder zwischen siegreichen und besiegten Staaten kenne. Daß der Versailler Vertrag nicht ewig bestehen könne, sei schon dadurch bewiesen, daß bereits wichtige Einzelheiten — so die Reparationsklausel — revidiert worden seien. Italien stehe auf dem Standpunkt, daß es eine ausgleichende Ungerechtigkeit sei, Deutschland als zweitklassige Macht zu behandeln. Italien begünstige die Revision der Friedensverträge, weil diese völlig unbillig gegen Deutschland und Ungarn seien. Italien habe keine bevorzugten Sympathien für die eine oder andere Partei in diesen Staaten. Jede Regierung in Deutschland oder Ungarn könne auf Italiens Unterstützung in ihrem Kampfe um die Gerechtigkeit rechnen. Deutschland sei gezwungen, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen, wenn ihm nicht volle Rechtsgleichheit in Rüstungsangelegenheiten gewährt würde. Deutschland dürfe mit Recht greifbare Ergebnisse von der Abrüstungskonferenz erwarten. Es habe lange genug vergeblich gewartet. Wenn Deutschlands Forderung nach voller Gleichberechtigung erfüllt werde, so werde das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten wieder erwachen und viele andere politische Fragen würden gelöst werden.

### Die Beratungen des Reichskabinetts

Um die Kontingentspolitik — Die Zentralgenossenschaftskasse geht auf das Reich über

II. Berlin, 15. Okt. Das Reichskabinetts beschloß am Freitag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Luthers mit einer Reihe von Fragen. Unter anderem wurde auch ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums an die Reichsregierung, das sich mit den Auswirkungen der Kontingentspolitik befaßt, gestreift. Zu diesem Schreiben verlautet an zuständiger Stelle, die Reichsregierung stelle in Übereinstimmung mit der Reichsbank fest, daß über einen internen Briefwechsel keine Auskunft gegeben werden könne. Das eine könne aber festgestellt werden, daß eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden sei und auch nicht vorliege. Die Frage der Kontingentspolitik als solche wurde im Reichskabinetts nicht behandelt und konnte auch nicht behandelt werden, da die deutsche Ministerialkommission von ihrer europäischen Rundreise noch nicht zurück ist. Erst nach ihrer Rückkehr, vermutlich in der nächsten Woche, können etwaige weitere Beschlüsse in der Frage der Kontingentspolitik gefaßt werden.

Das Reichskabinetts beschloß am Freitag weiter abschließend mit der Neuordnung der Preußenkasse, d. h. mit der Umwandlung der preußischen in eine deutsche Zentralgenossenschaftskasse. Im gleichen Zuge soll die finanzielle Vereinigung der illiquid gewordenen Kredite der Preußenkasse erfolgen. Dies soll durch den Erlass einer Verordnung des Reichspräsidenten geschehen, in der die Reichsregierung zur Ausgabe von Schatzanweisungen für das neue Institut ermächtigt wird. Mit den hierfür aus-

gegebenen Reichsmitteln wird das neue Institut endgültig auf das Reich übergeben. Gleichzeitig soll eine Neuordnung der Arbeitsweise des Instituts durch verantwortliche Einschaltung der Landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörper und der Länder erfolgen, vor allem dargestellt, daß Ausschüsse errichtet werden, die bezüglich der Geschäftsführung bestimmte Zuständigkeiten erhalten. Mit der dadurch gleichzeitig eingeleiteten Sanierung des Genossenschaftswesens im ganzen Reich soll weiterhin eine Sonderregelung für die Genossenschaften im Osthilfsgebiet erfolgen, durch die ostdeutsche Genossenschaften von allen uneintreibbaren Forderungen bei festgefahrenen Betrieben und unabhängig von ihrer etwaigen Umschulungsfähigkeit befreit werden. Hierdurch wird automatisch der Kreis der umschulungsfähigen Betriebe im Rahmen der Osthilfe vergrößert werden. Die abgeschlossene Beratung des Reichskabinetts über alle diese Fragen bedarf noch der Formulierung im Einzelnen, so daß nicht vor der nächsten Woche entsprechende amtliche Veröffentlichungen bzw. eine Verordnung des Reichspräsidenten hierüber zu erwarten sind.

### Papens Dank an Bayern

II. München, 15. Okt. Reichskanzler v. Papen hat nach seiner Rückkehr nach Berlin der bayerischen Staatsregierung seinen herzlichsten Dank für die gastfreundliche Aufnahme in München ausgesprochen. Gleichzeitig hat er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nach erneuter gemeinsamer Arbeit gelingen werde, unser Vaterland aus den Nöten der Gegenwart wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

## Tages-Spiegel

Bei den Londoner Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald wurde eine Einigung über die geplante Konferenz erzielt. Es soll nun in Genf eine Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien stattfinden.

Deutschland wird an einer Viermächtekonferenz in Genf nur dann teilnehmen, wenn ihm zuvor volle Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zugesagt wird.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern Reichskanzler von Papen zum Vortrag. Der Kanzler berichtete über seine Bagerreise.

Der Franzose Massigli hat in Genf von der „Gefahr“, die Frankreich durch die Schutzpolizei droht, gesprochen.

In Berlin begann die 50-Jahr-Feier der Deutschen Kolonialgesellschaft mit einem Vortrag von Gouverneur Dr. Schnee über die kolonialpolitische Lage. Es wurde energische Inangriffnahme der Kolonialfrage gefordert.

Der württembergische Landtag wird heute abschließend zu den Notverordnungen Stellung nehmen und sich dann bis nach den Reichstagswahlen vertagen.

### Neuregelung des Völkerbundssekretariats verlagert

II. Genf, 15. Okt. In einer geheimen Sitzung des vierzehngliedrigen Ausschusses für die Reform der Leitung des Völkerbundssekretariats wurde vereinbart, die Gesamtfrage der Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats auf die Novemberversammlung des Völkerbundes zu verschieben. Die übereinstimmend in allen Kreisen festgestellt wird, sind die Verhandlungen daran gescheitert, daß die deutsche Forderung, nach der in Zukunft von keiner Macht mehr als zwei leitende Posten begleitet werden dürfen, nicht angenommen worden ist, da dadurch die Machtstellung Frankreichs und Englands im Völkerbundssekretariat aufgehoben würde.

### Französische „Enthüllungen“ über die Schutzpolizei

II. Paris, 15. Okt. Der Leiter der Völkerbundsabteilung am Quai d'Orsay, Massigli, griff gestern Deutschland in einer geheimen Sitzung des Effektivauschusses der Abrüstungskonferenz wegen der „vertragswidrigen militärischen Organisierung der deutschen Schutzpolizei“ an. Massigli legte eine größere Anzahl deutscher Provinzzeitungen aus diesen Zeitungen und aus den in deutschen Blättern erschienenen photographischen Aufnahmen den Nachweis zu erbringen, daß die deutsche Schutzpolizei militärisch vollständig durchorganisiert wäre. Massigli wies insbesondere auf einzelne photographische Aufnahmen von Schutzpolizeimännern hin. Daraus gehe hervor, daß die Organisation der deutschen Schutzpolizei den Versailler Vertrag übertrete. Die deutsche Schutzpolizei verfüge nachgewiesenermaßen über zahlreiche Maschinengewehre. Bei der Berechnung der Effektivstärke des deutschen Truppenbestandes müsse daher die Reichswehr mit der Schutzpolizei zusammengezählt werden. Nach dem Protokoll von 1925 dürfe Deutschland nur eine Schutzpolizei mit einer Gesamtzahl von 140 000 Mann unterhalten. Ob diese Zahl jedoch dem Bestand entspräche, wisse kein Mensch.

Der belgische Senator de Broeckers wies dagegen darauf hin, daß nicht nur Deutschland, sondern auch andere Länder über eine militärisch ausgebildete Schutzpolizei verfügten. Er betonte, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, daß Deutschland sobald wie möglich mit gleichen Rechten wieder an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen könne.

### SA-Leute überfallen Stahlhelmer

Die Hamburger Gaupressestelle des Stahlhelm teilt mit: „Eine Jungstahlhelmgruppe wurde um Mitternacht im Stadtteil Harvestehude auf dem Nachhauseweg von einem Stahlhelm-Appell durch SA-Leute überfallen. Eine Unterstützungsgruppe von Stahlhelmen, an ihrer Spitze der zweite Gauführer, Korvettenkapitän Lauenstein, kam zu Hilfe. Lauenstein wurde durch zwei Messerstiche schwer verletzt. Zwei Jungstahlhelmer erlitten gleichfalls Messerstiche. Von den SA-Leuten wurden etwa 20 Pistolenstücke abgegraben, die jedoch fehlgingen. Der Hauptstichle konnte von den Stahlhelmen dingfest gemacht und der Polizei übergeben werden. Die übrigen SA-Leute entkamen.“

## Englische Vorschläge zur Lösung der Abrüstungsfrage

— Paris, 14. Okt. Der Londoner Havas-Sonderbericht-erstatte meldet, die französische Regierung bleibe dabei, daß eine Abrüstungsabmachung von zusätzlichen Sicherheitsgarantien abhängig gemacht werden müsse, die sie durch Konsultativpakte und Regionalabkommen zu erzielen gedenke. Engländerseits sei man gegen jede neue internationale Verpflichtung und rege u. a. als Lösung an:

1. einen politischen Waffenstillstand für 10 Jahre, durch den Deutschland sich auf den gegenwärtigen territorialen Status quo verpflichten solle,

2. Freiheit für Deutschland, alle Abrüstungskategorien zu befreiben, wenn auch in beschränktem Umfang,

3. eine progressive Abrüstungsabmachung der übrigen Mächte.

Engländerseits betont man mit besonderem Nachdruck und legt Wert darauf, es der Öffentlichkeit klar zu machen, daß man in London keineswegs bestrebt ist, zu abschließenden Ergebnissen zu gelangen, die dann anderen aufgezwungen werden sollen.

## Gehaltskürzungen beim Völkerbund

Die Bezüge der Generalsekretäre

L. Genf, 14. Okt. Der 14gliedrige Ausschuss für die Reform der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats hat am Donnerstag eine Herabsetzung der Gehälter der Generalsekretäre beschlossen. Es wurde festgestellt, daß in Zukunft einschließlich der Aufwandskosten erhalten sollen: der Generalsekretär des Völkerbundes 14 000 Goldfranken (bis 165 000 Goldfranken), die stellvertretenden Generalsekretäre 85 000 Goldfranken (bisher 100 000 Goldfranken), die Untergeneralsekretäre 75 000 Goldfranken (bisher 87 000 Goldfranken). Durch diese Ersparnisse will man die Schaffung eines neuen Postens des zweiten stellvertretenden Generalsekretärs möglich machen.

## Keine Abmachungen mit Hitler

Eine Erklärung des Kanzlers vor dem Staatsgerichtshof

Im Verfassungskonflikt Preußen-Reich erfolgte eine Aussprache über die Befugnisse und die Grenzen der Befugnisse des Reichspräsidenten aus Absatz 2 des Artikels 48. Für die preussische Regierung ergriff Professor Anschütz-Heidelberg das Wort: Der Reichspräsident könne nach dem Wortlaut der Verfassungsbestimmung zur Wiederherstellung der Ordnung nur die „notwendigen Maßnahmen“ ergreifen. Die Maßnahmen müßten im erkennbaren Zusammenhang stehen zu dem Zweck der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung. Ob nun der ganze Komplex der Maßnahmen gegen das größte Land als etwas „Nötiges“ gegeben gewesen sei, das habe das Gericht zu entscheiden.

Zum Schluß der Sitzung gab Ministerialdirektor Gottheiner bekannt: Der Herr Reichskanzler von Papen hat mich telefonisch beauftragt, zu den vom Herrn Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs heute an mich als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen über eventuelle Abmachungen des Kanzlers mit den Nationalsozialisten zu erklären: „Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung vom 11. Oktober 1932 bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt, und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler. v. Papen.“

Dr. Gottheiner fügte hinzu, der Reichskanzler lege Wert darauf, in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß er sich alsbald nach seinem Amtsantritt ernstlich bemüht habe, durch Verhandlungen mit den Parteien des Preussischen Landtags die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten zu beschleunigen.

## Kleine politische Nachrichten

Besichtigungsreise des Reichsinnenministers durch das ostbayerische Notgebiet. Der Reichsinnenminister, Freiherr von Dargl, wird am Montag von Hof aus eine Besichtigungsreise durch das ostbayerische Notgebiet, vor allem das Waldgebiet des Bayerischen Waldes, antreten, die bis Mittwoch dauern wird. Auf Bitte der Bayerischen Regierung wird sich der Minister selbst von der besonderen Notlage in diesen Gegenden überzeugen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im August 1932. Nach dem Monatsausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im August beliefen sich die Einnahmen im ordentlichen Haushalt auf 580,8 Mill. RM. und die Ausgaben auf 593,9 Mill. RM. Seit Beginn des Rechnungsjahres ist im ordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 78,9 Mill. RM. zu verzeichnen. Im außerordentlichen Haushalt betragen im August die Ausgaben 2,1 Mill. RM., denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Seit Beginn des Rechnungsjahres beträgt in diesem Haushalt die Mehrausgabe 11,2 Mill. RM.

Verbotene NSDAP-Kundgebung auf Sylt. Auf dem Reiterrittplatz in Westerland sollte eine öffentliche Kundgebung der NSDAP stattfinden, auf der Prinz August Wilhelm von Preußen und Landtagsabgeordneter Engel-Berlin sprechen sollten. Die Veranstaltung ist von der Ortspolizeibehörde unter Berufung auf die letzten Bestimmungen der Reichsregierung verboten worden.

Aufdeckung einer kommunistischen Zentrale in Jerusalem. In Jerusalem wurde eine kommunistische Zentrale für Arabien und den Orient aufgedeckt. Aus Schriftstücken, die beschlagnahmt wurden, geht u. a. hervor, daß ein genaues Programm zur Auslösung einer arabischen Nationalregierung mit genauen Verfassungsstatut aufgestellt war. Vorgesehen war die Nichtzahlung der Staatsschulden und die Aufhebung der KonzeSSIONen für die Delrohrleitung und die Wästenbahn Mosul-Haifa.

## Aus dem Wahlkampf

Hitler in Nordbayern

Die NSDAP hielt in Nordbayern drei Hitlerversammlungen ab. Unter anderem sprach Hitler in Nürnberg, wo er u. a. folgendes ausführte: Am 13. August habe er den Eintritt in das Kabinett Papen in dem Bewußtsein der Verantwortung abgelehnt, vor allem weil er schon damals vorausgesehen habe, daß das Wirtschaftsprogramm unbedingt zusammenbrechen müsse. Er habe nicht 13 Jahre gekämpft, um an die Stelle des marxistischen Bruderkrieges den bürgerlichen Klassenstaat zu setzen. Eine Unterwerfung komme für den Nationalsozialismus nicht in Frage. Er könne sein Ideal nur verwirklichen, wenn ihm die Macht in Deutschland werde. Wenn Herr von Papen behaupte, vom Schicksal zur Rettung des Vaterlandes berufen zu sein, so frage er den Kanzler, wo denn er und seine Helfer in den vergangenen 13 Jahren gewesen seien. Wenn heute die Soldaten zur Stütze der Regierung gegen das eigene Volk verwendet würden, so werde in einem nationalsozialistischen Deutschland der Soldat nur die einzige Aufgabe haben, dem Vaterland Schutz zu sein gegen die Feinde von außen. Es gelte heute, den Kampf weiter zu tragen, um zu den Millionen Nationalsozialisten neue Millionen heranzuführen bis endlich die Stunde reif sei für die Schaffung des nationalsozialistischen Reiches.

Eugenberg in Stendal

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugenberg begann seinen Wahlkampf mit einer Rede in Stendal, in der er u. a. ausführte: Das politische Problem für Deutschland kommt auf die Frage hinaus, ob wir den Staat oder die Partei wollen. Wenn wir Deutschnationalen den neuen Kurs, der mit der Regierung Papen eingeleitet wurde, bewußt unterstützen — trotz mancher personeller Bedenken und trotz vieler Verläumdungen und Beschuldigungen, die man im Lande der Regierung zur Last legt — dann tun wir das, weil wir uns bei der Frage, ob wir den Staat oder die Partei wollen, für den Staat entscheiden.

Wir sind nicht Gegner des Parlaments an sich, das als Kontrollorgan der Regierung eine große Bedeutung haben kann: Wir sind Gegner des Parlaments als Regierungsorgan. Wir sind auch nicht Gegner der Parteien an sich, sondern nur Gegner der im Parlamentarismus von Weimar begründeten Parteiherrschaft. In der Stunde der Not kann ein Volk nicht von Parlamentsmehrheiten sondern nur von Männern, die die Verantwortung tragen, geführt werden. Wirkliche Entscheidungen sind in Deutschland meist nur gegen Parlamentsmehrheiten erzwungen worden. Diesen Kurs mit allen Mitteln zu stützen wenn er folgerichtig durchgeführt wird, ist für die NSDAP selbstverständliches Ziel. Diesem Ziel dient auch der jetzige Wahlkampf, der die Möglichkeiten des bisherigen Reichstages brechen und die Sabotagemöglichkeiten gegen den Regierungskurs erschweren soll.

## Eine Entschließung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

In Berlin hielt der „Verein deutscher Zeitungsverleger“ seine ordentliche Hauptversammlung ab. Die Tagung beschränkte sich rein auf die fachliche Arbeit. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, entwarf ein Bild der Lage des deutschen Zeitungsverwesens in dieser Krisenzeit. Nach einer Aussprache faßte die Hauptversammlung folgende Entschließung:

„Mit dem Wachsen der Parteileidenschaften und mit der Verwilderung der politischen Kämpfe mehrten sich die Fälle terroristischer Handlung gegen die Meinungsfreiheit der Persönlichkeit. Dem Verein Deutscher Zeitungsverleger geben andauernd Mitteilungen zu über Verjüngung, durch Androhung persönlicher oder wirtschaftlicher Schädigungen schwerster Art weiten Kreisen der Bevölkerung die Zeitungen diktatorisch vorzuschreiben, die sie lesen müssen oder Zeitungen zu verbieten, die sie nicht lesen dürfen, wenn sie sich nicht den Folgen beruflicher Nechtung oder wirtschaftlichem Boykott aussetzen wollen.“

Mit solchen ungeistigen Waffen soll in unzähligen Fällen des privaten Lebens erreicht werden, was mit den Mitteln der körperlichen Gewalt in den politischen Versammlungen erkämpft werden soll, nämlich nichts anderes als die Unterdrückung der freien Meinung, durch die Mittel der Gewalt. Durch solche Schreckmittel wird nicht nur die Freiheit der Presse gewaltsam und ungesetzlich hart eingeengt, es werden dadurch nicht nur die Zeitungen und ihre Leserschaft unmittelbar und mit gefährlichen Folgen bedroht, sondern durch die Spekulation auf die Schwäche und die Bedrohung mit schweren wirtschaftlichen, beruflichen und persönlichen Verletzungen eine immer weiter um sich greifende Korruption des öffentlichen Lebens geschaffen, die sich auch sittlich und kulturell schließlich gegen tiefe Lebensinteressen des deutschen Volkes auswirken muß.

Auf diese Gefahren die Bevölkerung und nicht zuletzt die Reichsregierung aufmerksam zu machen, erscheint uns dringend notwendig. Dem Terror muß die gesetzliche Gewalt der Unterdrückung der Meinungsfreiheit die vereinte Ueberzeugungskraft aller derer entgegengestellt werden, die nicht wollen, daß in Deutschland die Sittenverwilderung sich noch weiter ausbreite und die freie Meinungsbildung unterdrückt und die Wirtschaft aufs schwerste geschädigt werde.“

## Politische Kurzmeldungen

Das Zögern der Reichsregierung, die Kontingentpolitik praktisch zu eröffnen hat das Mißfallen des Reichslandbundes erregt. Der Bund hat dem in folgender Entschließung Ausdruck gegeben: „Der Reichslandbund erhebt schärfsten Einspruch gegen das bisherige Verschleppungsverfahren auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Landwirtschaftlichen Erzeugung gegen ausländischen Wettbewerb. Der

Reichslandbund fordert, daß die Reichsregierung endlich autonom die Kontingente festsetzt, die durch die Notwendigkeit der deutschen Nahrungsfreiheit bedingt sind.“ — In ganz Deutschland fanden in kommunistischen Geschäftsräumen Hausdurchsuchungen nach hochverräterischen Schriften statt. — Der Völkerbundsrat lehnte Beschwerden des Polenbundes über Unterdrückungen der polnischen Minderheiten in Oberschlesien durch die deutsche Behörde ab. — Die sterblichen Reste des Völkerbundssekretärs in Danzig, Grafen Gravena, die nach Italien übergeführt werden, trafen auf dem Schlesiens Bahnhof in Berlin ein, wo eine kurze Trauerfeier stattfand. Im Namen der Reichsregierung wurde ein Kranz am Sarge niedergelegt. — Die Danziger und die polnische Regierung haben angeichts der bisherigen erfolglosen Bemühungen des Völkerbundssekretärs, einen Nachfolger für den Danziger Völkerbundssekretär zu finden, nunmehr dem Generalsekretär des Völkerbundes den Vorschlag gemacht, den gegenwärtigen Chef der Danziger Abteilung im Völkerbundssekretariat, den Dänen Helmer Rosting, mit der einstweiligen Leitung des Danziger Völkerbundskommissariatspostens zu beauftragen. — Die im Ausland verbreitete Meldung, daß Frankreich eine amerikanische Bürgerschaft für seine Sicherheit gefordert habe, wird sowohl vom Weissen Hause, als auch von der französischen Botschaft als unzutreffend bezeichnet. — Das Mitglied des mandchurischen Staatsrates, Pivischun, wurde während des Essens in einem Hotel in Tschangtschun von dem Gouverneur von Sailingkiang, General Schichuan, mit einem Beil angegriffen und niedergeschlagen. — Nach Meldungen aus Chargin entlegte auf der chinesischen Ostbahn infolge eines Anschlags ein japanischer Militärzug, Lokomotive und vier Wagen stürzten eine Böschung hinab. Nach unbestätigten Meldungen sollen 21 Soldaten getötet und 65 schwer verletzt worden sein.

## Aus aller Welt

Wirbelsturm deckt 150 Häuser ab

Aus Weinsheim an der Bergstraße wird berichtet: Das nahe Dorf Laudenbach wurde von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Im südlichen und östlichen Teil des Dorfes wurden 150 Häuser abgedeckt. Etwa 200 Obstbäume wurden umgerissen. Die Straßen sind mit Ziegeln und Schlamm bedeckt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Raubüberfall auf einen Kassierer

In Düsseldorf wurde ein Kassierer überfallen und beraubt. Die Räuber fuhren in einem in Duisburg gestohlenen Auto an. Während einer am Steuer blieb, sprang der andere aus dem Wagen und gab auf den Kassierer einen Schuß ab, der aber fehl ging. Darauf schlug er ihm mit einem harten Gegenstand auf den Kopf und verletzte ihn schwer. Der Räuber entriß dem Ueberfallenen eine Aktentasche mit 1150 Mark Bargeld. Darauf bestieg er wieder den Wagen, der eiligt davonfuhr.

Großfeuer in einem mecklenburgischen Dorf

Die Ortschaft Pöcher bei Ludwigslust wurde von einem Großfeuer heimgesucht, das in der Scheune des Pfarrhauses ausbrach. Infolge des Sturmes wurden bald sämtliche in der Nachbarschaft liegenden mit Stroh gedeckten Gebäude in Brand gesetzt. Die Wohn- und Wirtschaftsgebäude von fünf Besitzern wurden mit allem Inventar und mit den gesamten Erntevorräten ein Raub der Flammen.

Mord bei Braunschweig

Im Siedborfer Forst bei Braunschweig wurde der Handlungsgehilfe Wilhelm Kampe aus Salzwehdel tot aufgefunden. Nach dem Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung sind auf den Ermordeten 7 Schüsse aus einer Pistole Kaliber 9 Millimeter abgegeben worden. Vier Schüsse haben die Brust, ein Schuß den Hals und zwei Schüsse den Kopf getroffen. Als der Tat dringend verdächtig gilt nach dem polizeilichen Bericht der seit Donnerstag flüchtige Kellner Walter Kaune, der in dem der NSDAP. gehörigen Hause Petritormwall 18 a wohnte, wo sich die Stabswache des Abschnitts 4 der Schutzstaffel befindet. Nach dem „Allgemeinen Anzeiger“ kann mit Sicherheit angenommen werden, daß es sich bei dem Mord um ein politisches Verbrechen handelt.

Schwerer Kampf mit einer Räuberbande

Nach einer Meldung aus Ankara kam es in der Nähe von Urfa zu einem heftigen Feuergefecht zwischen der dortigen Grenzbevölkerung und der Gendarmerie einerseits und etwa 300 Räubern andererseits, die versucht hatten, ein Dorf auszulündern. Die Räuber wurden schließlich in die Flucht geschlagen. Sie ließen 11 Tote, 20 Verletzte und 30 Gefangene sowie zahlreiche Gewehre und Munition zurück.

Kurznachrichten aus aller Welt

In Stuttgart fand die Gründungsversammlung einer Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Erdstrahlenforschung statt. — Auf einer Tagung des Herbergsverbandes ist festgestellt worden, daß nach den Berechnungen in Deutschland jährlich etwa 500 000 Männer und 12 000 Frauen aus allen Berufen, Ständen und Schichten wandern. — Der Straßensatz des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg hat nach Leistung von Bürgschaften von mehr als einer Million Mark, die im Juli 1931 angeordnete Untersuchungshaft des früheren Generaldirektors der Nordwolle, Karl Dahusen, aufgehoben. — In Kassel brachte ein schwerer Sturm in der Stiedlung Fasanenhof einen Neubau zum Einsturz. Von den zur Zeit auf dem Bau beschäftigten 9 Arbeitern wurden zwei schwer verletzt. — Zwei alte Biker Häuser sind eingestürzt. Die Bewohner konnten sich bis auf einen 52 Jahre alten Mann rechtzeitig retten. Seine Leiche ist geborgen worden. — Ein schwerer Unfall ereignete sich bei Truppenübungen in Algerien. In der Nähe von Oran schoß eine Feldartillerie-Batterie „irrtümlicherweise“ mit scharfen Granaten auf einen vom zweiten algerischen Schützenregiment besetzten Schützengraben. Ein Volkstreffler fiel dabei in den Graben hinein, tötete zwei Soldaten und verletzte zehn andere schwer. — In Cotta auf der Philippineninsel Mindanao kam es am Freitag zu neuen schweren Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und Polizisten. Fünf Eingeborene und ein Polizist wurden hierbei getötet.

# Turnen und Sport

## Turner-Handball

Die Calwer Handballer beschließen mit dem morgen stattfindenden Spiel gegen T.B. Rohrdorf die Vorrunde. Mit dem A-Klasse-Neuling Rohrdorf stellt sich hier eine Mannschaft vor, welche sich in den Pflichtspielen überraschend gut gehalten und beachtenswerte Proben ihres Könnens abgelegt hat. Neben der Stärkerreihe zeichnete sich insbesondere der Torhüter, den Berichten nach wohl der Beste im Gau, aus. Wenn die Einheimischen die in den letzten Spielen gesammelten Erfahrungen verwerten und eine ungelennigte Spielweise pflegen, dürfte ein Erfolg nicht ausbleiben. — Das Vorspiel bestreiten die Jugendmannschaften von Calw und Rohrdorf. — Näheres siehe Anzeige.

Der unter Vorsitz von Bezirksleiter Eschenbacher Calw abgehaltene Schiedsrichterlehrgang für den Unteren Schwarzwald-Nagoldgau nahm einen für alle Teile sehr befriedigenden Verlauf. Die Prüfung lag in bewährten Händen von Kreis-Handball-Obmann Mangold-Eßlingen, welcher die Teilnehmer von den Turnvereinen Calw, Hir-

gau, Calmbach, Altensteig, Nagold, Gatterbach, Ebhausen und Hochdorf mit den Regeln des Schiedsrichterverfahrens vertraut machte. Gauvertreter Verwaltungsdirektor Proß und Oberturnwart Pantke dankten Turnfreund Mangold für seine mit Lust und Liebe zur Sache vorgetragenen Ausführungen.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

**Börse**  
S.E.B. Stuttgart, 14. Okt. An der heutigen Börse konnten sich die gestrigen Kurse im allgemeinen behaupten. Der Rentenmarkt zeigte feste Haltung.

**R.E. Berliner Produktenbörse vom 14. Okt.**  
Weizen, märk. 199-201; Roggen, märk. 156-158; Braugerste 175-185; Futter- und Industrieernte 167-174; Hafer, märk. 134-139; Weizenmehl 25-28,50; Roggenmehl 20,30 bis 22,80; Weizenkleie 9,40-9,75; Roggenkleie 8,40-8,80; Viktoriaerbsen 22-26; K. Speiseerbsen 20-23; Futtererbsen 14-17; Wicken 17-20; Reinfuchsen 10,30-10,50; Erdnussfuchsen 11,50; Erdnussfuchsenmehl 11,80; Trockenschneißel 9,20 bis 9,50; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,50; dto. ab Stettin 11,20. Allgemeine Tendenz: ruhig.

**Nicht- und Rahmenpreise für Weißwein, Weißkling und Trollinger im Unterländer Weinbaugebiet**

Im Anschluß an die Tagung des Unterländer Weinparlaments wurden unter Leitung der Weinbörse Heilbronn folgende Nicht- und Rahmenpreise erzielt:

für Weiß gemischt 160-190 R.M. je Eimer (300 Liter)  
" Weißkling 190-230 R.M. " " (300 " )  
" Trollinger 200-240 R.M. " " (300 " )

Diese Preise sollen nur Nicht- und Rahmenpreise für beide Teile (Erzeuger und Weinkäufer) sein und in erster Linie für diejenigen Erzeugnisse gelten, welche erst mit Beginn der allgemeinen Weinlese nach dem 17. Oktober geerntet werden.

### Biehpreise

Ludwigsburg: Kühe 220-480, Kalbinnen 370-400, Rinder 120-160, Schmalvieh 70-90 RM. — Mengen: Farren 200 bis 500, Ochsen 250-480, Kühe 120-380, Kalbinnen 280-450, Jungvieh 120-180 RM. — Ulmlendorf: Jungvieh 100-140, Kalbinnen 200-250, Kühe 100-140 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtschaftlichen Verkehrsfolgen im Zusatze kommen. Die Schrittl.

Calw-Neuenbürg, 15. Oktober 1932

**Todesanzeige**



Unser lieber, guter Sohn und Bruder

**Eugen Hojer**

wurde uns durch einen Unglücksfall unerwartet entzissen.

In tiefem Schmerz:

**Familie Heinrich Hojer**

Beerdigung Sonntag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhaus  
Altburgerstraße 36 aus

Alzenberg,  
den 14. Okt. 1932.

**Todes-Anzeige**



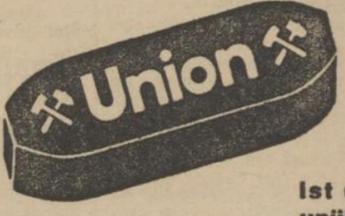
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser innigstgeliebtes unvergessliches Kind, Enkelkind und Schwesterlein

**Lydia**

unerwartet rasch zu sich zu nehmen.

In tiefem Leid:  
Die Eltern  
Willy, Seidm. Willi  
die Großeltern  
Michael Stoll.

Beerdigung Sonntag  
mittag 1 Uhr.



**Union**

Ist und bleibt  
unübertroffen!

**Württembergische Nothilfe.**

Die unterzeichneten Verbände haben beschlossen, unter Führung der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg unter dem Namen „Württ. Nothilfe“ wieder ein umfassendes Hilfswerk zu Gunsten der Notleidenden durchzuführen. Überall sollen Geld, Lebensmittel u. Kleidungsstücke gesammelt werden. Mit den eingehenden Spenden werden die von der Not am härtesten betroffenen Kreise, insbesondere auch kinderreiche Familien unterstützt werden. Es werden Lebensmittelverteilungen, öffentliche Speisungen, Wärmestuben, Tagheime und Freizeiten unterhalten und gefördert werden. Die schon seither in vielen Gemeinden durchgeführten und bewährten Kleiderhilfen sollen weiter ausgebaut werden.

Die unterzeichneten Verbände bitten das württembergische Volk dringend, ihre Arbeit durch einmalige und fortlaufende Spenden in Geld oder Naturalien kräftig zu fördern und selbst in persönl. und unmittelbarer Hilfe sich der bedrängten Brüder und Schwestern anzunehmen. Alle, die noch Arbeit und Verdienst haben, müssen mithelfen und Opfer bringen. Unser Volk ist nun einmal in diese schwere Lage hineingestellt. Da hilft kein Sammern und Klagen, da hilft nur: **Fest zusammenstehen, sich gegenseitig krügen, gemeinsam die Not tragen und mit vereinten Kräften überwinden!**

**Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg.**  
Landesverband der Inneren Mission. / Caritasverband für Württemberg.  
Württembergischer Landesverband für Israelitische Wohlfahrtsbestrebungen.  
Württ. Landesverein vom Roten Kreuz. / Sünter Wohlfahrtsverband.  
Arbeiterwohlfahrt Württemberg. / Christliche Arbeiterhilfe.

Im Oberamtsbezirk Calw wird nach Anordnung des Innenministeriums die Sammlung durch den Landesverband der Inneren Mission durchgeführt mit Hilfe der Bürgermeisters- und Pfarrämter bzw. der von diesen benannten Personen. Um die Einheitlichkeit der Sammlung zu wahren, sind wilde Sammlungen und solche von politischen und anderen Vereinigungen nicht gestattet.

Calw, den 1. Oktober 1932.

**Bezirkswohltätigkeitsverein** Bezirksvertr. d. Inneren Mission  
Vorsitzender: Landrat Rippmann. Dekan Roos.

Dem Aufruf treten bei:  
Die evangelischen und kath. Pfarrämter, die bischöfl. Methodistengemeinde, der Ortsausschuß Calw der Arbeiterwohlfahrt Württemberg.

**Erkältungskrankheiten,**  
hartnäckiger Husten, Luftröhrenkatarrh, Lungenverfälschung, Bronchialkatarrh, Asthma etc. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende

**Dellheims Brust- und Lungentee**

Preis M. 1.15 — In allen Apotheken erhältlich. Bestimmt: **Alte Apotheke in Calw u. Apotheke in Bad Liebenzell.**

Empfehle meinen  
**1 1/2-Tonnen Lieferwagen**



für Fahrten aller Art

**Alfred Herrmann, Calw**  
Eiselpfaffe, Telefon 231

**Schreibfräulein**  
sucht Stelle  
auch als Aushilfe.

Angebote unter C. R. 242 an die Geschäftsst. ds. Bl.

**M ä d c h e n**  
22 Jahre alt, 5 Jahre in Stellung,  
sucht  
auf 1. oder 15. November  
Stelle  
in Privat- oder Geschäftshaus, würde auch Feldarbeit übernehmen. Zu erfragen  
**Bahnhofstraße 65 I**

Bei Kopfschmerzen  
helfen prompt Dr. Buchle's Kopfschmerzstiller

**Ritter-Drogerie**  
C. Bernsdorff

**SODBRENNEN**  
und Magenbeschwerden  
behebt sofort



Tablette III  
Flasche mit 100 Tabletten nur  
RM 1.50.

Erhältlich in den  
Apotheken

Calw: Neue Apotheke  
Alte Apotheke  
Fr. C. Reichmann

**Mostobft**  
hat zu verkaufen  
Sutserverwaltung  
Georgenau  
bei Würtlingen.

Städt.  
**Hausfrauenverein**



Das gemütl. Zusammen-  
sein mit Zucker-Vortrag  
findet Donnerstag, den  
20. Oktober, abds. 8 Uhr  
im Gasthaus z. Adler statt.

**Rehrichleimer**



in jeder Größe  
empfiehlt

**Carl Herzog**  
Eisenhandlung

**Wenn Sie mosten**  
und keine Enttäuschungen erleben wollen, dann beachten Sie folgendes:  
1. Sorgen Sie dafür, daß die Zusammensetzung des Mostes in Bezug auf Zucker, Säure- und Stickstoffgehalt eine richtige sei. 2. Setzen Sie rechtzeitig Oma-Reinhefe zu, damit eine rasche und gründliche Gärung erzielt wird. 3. Verschließen Sie das Gärraß mit einem Gärspund, welches das Eindringen schädlicher Luftkeime (Essigsäure, Schimmelpilze, Kahlhefe usw.) verhindert. Alles weitere sagt Ihnen das Oma-Weinbuch!

**Oma-Reinhefen**  
kosten:  
für 50, 100, 300, 600 u. 1200 Ltr.  
zu 50,- 1.- 2.- 3.- u. 4.- Rm.

Gärverschlüsse  
von 50 Pfennig an.  
Kostenlose Beratung!

**Oma-Weinbücher umsonst!**

**Hefe-Reinzucht-Anstalt**  
Dr. A. Ostermayer, Pforzheim  
Verkaufsstellen:  
Ritter-Drogerie Carl Bernsdorff, Calw  
Drogerie Himperich, Bad Liebenzell.

Wie haben in unserem Hause, Calw, Lederstr. 31,  
sofort oder später eine schöne, geräumige

**Sechszimmerwohnung**  
(evtl. auch 10 Zimmer) zu vermieten. Interessenten  
wollen sich mit uns in Verbindung setzen.

**Baumwollspinnerei Calw G.m.b.H.**  
Feenprecher Calw Nr. 12.

Der

**Bethel-Film**

„In den Spuren Vater Bodelschwings“  
wird am  
**Sonntag, 16. Okt., in der Calwer Kirche**  
vorgeführt

**5 Uhr Kindervorführung**  
**8 Uhr Vorführung für Erwachsene**  
Eintritt frei

Um ein entsprechendes Opfer wird herzlich gebeten.

FLUGEL  
PIANOS  
HARMONIUM  
CELESTA



**SCHIEDMAYER**

**NECKARSTRASSE 12**  
STUTT GART

Echte Allgäuer Butter 1/2 Pfd. nur 65 Pfg.  
10 frische, große Eier . . . . . 85 Pfg.  
1/2 Pfund Schweineschmalz . . . . . 84 Pfg.  
„Bergmüller-Räse“ 20%  
Schachtel, 6 Ecken, nur . . . . . 30 Pfg.  
Allgäuer Südmilch-Räse 20% Stück 10 Pfg.  
3 Schachteln nur . . . . . 25 Pfg.

**Allgäuer Käsehaus**  
nur Altburgerstraße 29.

**Laden**  
eventuell mit Wohnung in  
Calw zu vermieten.  
Näheres nur durch  
Dito Sichel, Stuttgart  
Pflaumstr. 17, Fernruf 63 265

**Hirtau.**  
Einen  
**Roblenofen kauft**  
Luise Widmaier.

**Motorräder**  
NSU und DKW  
Ersatzteile, Reifen  
und Reparaturen  
**Ehr. Widmaier**  
Telefon 308

**Schirme**  
werden  
gut und billig  
repariert

**J. Eberhard, Calw**

Sie schädigen  
sich selbst,  
wenn Sie eine Zeitung  
halten, die nicht in der  
Lage ist, Sie mit den  
Wirtschaftsfragen auf  
dem Laufenden zu  
halten, die für Sie und  
Ihre Wirtschaft in Be-  
tracht kommen.

**Vor Schaden  
bewahren Sie sich,**  
wenn Sie eine Zeitung  
lesen, die ein genaues  
Spiegelbild d. gefam-  
ten Wirtschaftslebens  
des Bezirks gibt. Dar-  
um bestellen Sie das  
Calwer Tagblatt,  
das Sie über alle Vor-  
kommnisse im Bezirk  
unterrichtet.

